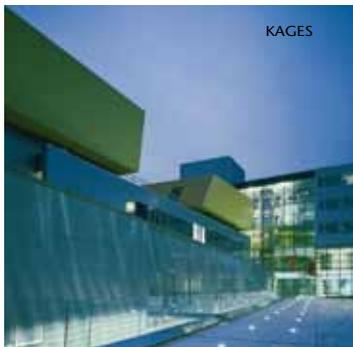


DTAG Land



rinnen und Steirern und nicht einigen KAGES-Managern, die hinter Polstertüren über das Schicksal unserer Gesundheitsversorgung entscheiden. Der KPÖ-Antrag, die Spitalshoheit wieder dem Landtag zu unterstellen, wurde von den anderen Parteien abgelehnt. Andererseits beschloss die Landesregierung für die KAGES-Vorstände Urlaubs- und Pensionsprivilegien, von denen ein „Normalsterblicher“ nur träumen kann.



Erhalt der Chirurgen

Die SPÖ hatte den Plan, die Chirurgen in Bad Aussee und Mürzzuschlag zu schließen. Das hätte für die regionale Bevölkerung eine deutliche Verschlechterung bedeutet. Auf Druck der KPÖ hat der Landtag nicht nur gegen die Schließung in Bad Aussee gestimmt, sondern sich auch für den Neubau der Chirurgie in Mürzzuschlag ausgesprochen.

Gerechte Wirtschaftsförderung

Das Land Steiermark schützt Millionen Euro Wirtschaftsförderung an Großkonzerne aus, obwohl diese kaum Steuern zahlen, Arbeitsplätze abbauen oder die Beschäftigten Kurzarbeiten lassen. Einzig die KPÖ sagt zu diesen Praktiken im Wirtschaftsförderungsbeirat konsequent „Nein!“



Keine Tariferhöhung

Auf Antrag der KPÖ sprach sich der Landtag gegen die geplante Tariferhöhung beim Verkehrsverbund aus. Nur die ÖVP stimmte dagegen. ÖVP-Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder weigert sich, Landtagsbeschlüsse umzusetzen. Etwa jenen, bei den Landestankstellen günstigen Sprit für alle zu verkaufen.

Landeshauptmann € 16.000,13
LH-Stellvertreter € 15.158,02
Landesrat € 14.315,90
Klubobmann/frau: € 10.526,40

€ 1 Million für Bedürftige
Finanziert aus Politikereinkommen
der KPÖ-Abgeordneten

**Politik muss den Menschen dienen
Politgehälter runter!**

Bez. Anz. KPÖ LTK

KPÖ wirkt!

Liste 3: **Echtrot**
Claudia Klimt-Weithaler

OFFENE KONTEN BEI DER KPÖ: Praktische Hilfe für Menschen in Notlagen

Die KPÖ-Abgeordneten lehnen die hohen politischen Einkommen ab. Sie verwenden das Geld für den KPÖ Sozialfonds, der Menschen in akuten Notlagen hilft.

Geben statt nehmen!“ – Das ist der Leitsatz der steirischen KPÖ. Seit dem Einzug Ernest Kalteneppers 1998 in die Grazer Stadtregierung gilt für KPÖ-Politikerinnen und Politiker eine Gehaltsobergrenze, die sich an einem durchschnittlichen Arbeitslohn orientiert. Der Rest geht über den KPÖ-Sozialfonds an Menschen in Not. Heuer im Frühjahr wurde die Millionengrenze an Hilfsgeldern überschritten. Andere reden von der Umverteilung – die KPÖ macht es längst vor.

Mehr als 7000 Menschen hat die KPÖ seit 1998 mit dem

Sozialfonds geholfen. „Immer mehr Menschen brauchen Unterstützungen für den unmittelbaren Lebensbedarf, für Kauttionen, Mieten, Stromkosten, Reparaturen“, sagt Ernest Kaltenepper, KPÖ-Landtagsabgeordneter und „Erfinder“ des KPÖ-Sozialfonds.



Labg. Ernest Kaltenepper: Die meisten Politikerinnen und Politiker wissen längst nicht mehr wie es ist, mit 1.500 Euro oder weniger über die Runden kommen zu müssen. Wir KPÖ-Abgeordneten legen unser Einkommen offen und spenden davon einen Großteil, um in Not geratenen Menschen unbürokratisch zu helfen.

„Die KPÖ war immer der Meinung, dass die Einkommen der Politiker zu hoch sind und sich nicht von jenen der arbeitenden Menschen unterscheiden sollen“, sagt Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler. Abgerechnet wird öffentlich, jeweils am Jahresende.

Damit der Sozialfonds weiterhin bestehen kann, ist aber der Wiedereinzug der KPÖ in den Landtag wichtig. Wir ersuchen daher am 26. September um Ihre Stimme für die Liste 3 - KPÖ.